



Interviews

06. März 2023, 8.10 Uhr

Martin Kaiser, Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Die Teile der Meere, die nicht zur ausschließlichen Wirtschaftszone eines Staates gehören, sondern weit entfernt von jeder Küste liegen, werden als Hohe See bezeichnet. Sie umfassen rund 60 Prozent der Weltmeere. Bislang waren sie so gut wie nicht durch internationale Umweltvereinbarungen geschützt. Sie waren eine Art rechtsfreier Raum. Das ist seit diesem Wochenende wohl anders; da einigten sich die Vereinten Nationen auf das erste internationale Hochseeabkommen zum Schutz der Weltmeere. Der Text ist noch nicht veröffentlicht, allerdings einige Eckdaten schon bekannt. Umweltministerin Lemke von den Grünen sprach von einem historischen Abkommen - und am Telefon ist nun Martin Kaiser. Er ist Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland. Guten Morgen, Herr Kaiser.

Martin Kaiser: Guten Morgen, Frau Engels. – Ich grüße Sie.

Engels: Auch Greenpeace hat sich euphorisch geäußert, sprich auch von einem historischen Abkommen. Warum?

Kaiser: Ja, da sind wir uns mit der Umweltministerin einig. Das Abkommen in New York ist wirklich historisch, denn der Großteil unserer Weltmeere war bisher ungeregelt und dort konnten vor allem die industrielle Fischerei, aber auch die Ausbeutung von Ressourcen ungeregelt vonstattengehen, wirklich zum Niedergang der Fischbestände weltweit. Insofern, glaube ich, ist das wirklich ein historischer Durchbruch und das in Zeiten, wo wir geopolitische Spannungen rauf und runter haben.

Engels: Die Staaten sind nun in diesem Abkommen aufgefordert, Hochseeaktivitäten künftig auf ihre Umweltverträglichkeit zu überprüfen. Ist das konkret genug, um wirklich Schutz zu erreichen?

Kaiser: Auf 30 Prozent der Fläche der Hohen See sollen ja Schutzgebiete eingerichtet werden, wo idealerweise gar keine Nutzung stattfindet, und für die anderen Bereiche soll eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden. Hier springt, glaube ich, das Abkommen noch zu

kurz, denn das soll den Ländern selber überlassen bleiben oder den regionalen Fischereiabkommen, die ja bisher zahnlöse Tiger waren und zum Schutz der Weltmeere überhaupt nicht beigetragen haben.

Engels: Sie sprechen es an: Die Schutzgebiete sind damit noch überhaupt nicht in Kraft. Dieses Ziel hatte zwar die Weltnaturkonferenz im Dezember in Montreal vereinbart, aber wo sind hier die Löcher? Warum ist das noch nicht konkret genug?

Kaiser: In New York hat man ja jetzt vereinbart, dass man bis 2030, innerhalb der nächsten sieben Jahre, diese 30 Prozent Schutzgebiete einrichtet. Und da wird es darauf ankommen, dass Länder wie Deutschland und Europa jetzt vorangehen und sagen, wo soll der Schutz stattfinden. Und dann muss natürlich eine internationale Behörde aufgebaut werden, die das überwacht. Wir können ja mittlerweile die Industrieflotten überwachen und da muss dann auch ein Sanktionsmechanismus her, wenn der Schutzgebiet-Status gebrochen wird.

Engels: Das ist der Schutzgebietsstatus. Lange wurde ja bei der UNO in New York unter den Staaten auch über einen anderen Bereich dieses Abkommens gestritten, nämlich um die Frage, wem künftig Gewinne der Ausbeutung der Meere zustehen. Das soll künftig über einen Fonds geregelt werden, der vor allem ärmeren Staaten zugutekommen soll. Das klingt aber alles in allem mehr nach Verteilung des Bärenfells, aber nicht nach einem Schutz des Bären, oder?

Kaiser: Ich glaube, dass das ein ganz wesentlicher Teil des Abkommens war, dass gerade dann, wenn hoch technologisierte Länder wie die USA oder auch europäische Länder die Ausbeutung der Ressourcen der Meere kommerziell nutzen, dass der Gewinn tatsächlich an die internationale Staatengemeinschaft geht. Insofern war das wichtig, dass es jetzt eine Einigung gab, und das für die Bereiche, die außerhalb der 30 Prozent liegen, die zukünftig geschützt werden sollen.

Engels: Dann schauen wir noch auf den nächsten Prozess, der nun erst mal kommen muss. Zunächst muss der Text noch veröffentlicht werden, wenn in diesem Punkt alle Sprachen die Übersetzung dieses Textes auch geleistet haben. Aber es soll inhaltlich nicht mehr weiterverhandelt werden. Damit soll es wirklich dann dieses Ergebnis bleiben. Jetzt ist es aber so, dass der nächste Schritt Ratifizierung heißt. 60 Staaten müssen das tun, damit das Abkommen in Kraft treten kann. Die Bundesregierung hatte schon angekündigt, das bald zu tun. Rechnen Sie bald mit dieser Mehrheit?

Kaiser: Wir sind zuversichtlich, dass die Ratifizierung auch schnell erfolgt, denn dass ein solches Abkommen zustande gekommen ist, ist ein Zeichen dafür, dass die Ozeane wirklich in der Krise sind. Wir haben eine Überfischung sondergleichen. Die Industrieunternehmen stehen parat, um auch die Tiefseeböden auszubeuten nach Ressourcen, und dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Da sind sich alle einig. Deswegen sind wir zuversichtlich, dass wirklich ähnlich schnell ratifiziert wird wie damals das Pariser Klimaabkommen, was ja innerhalb von zwölf Monaten unter Dach und Fach war.

Engels: Da es noch keinen formalen Beschluss gibt, ist derzeit etwas unklar, ob Russland und China am Ende tatsächlich bei dem Abkommen dabei sein werden. Was wäre ein solcher Vertrag ohne diese beiden Staaten wert?

Kaiser: Ich glaube, dass wir angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine davon ausgehen müssen, dass Russland nicht ratifiziert. Bei China sind wir optimistisch. China hat ja über die Weltnaturkonferenz im Dezember eine sehr progressive Rolle gespielt, um diese 30 Prozent globalen Naturschutz durchzusetzen. Insofern gehen wir davon aus, dass China am Ende dabei ist.

Engels: Dann gehen wir mal davon aus, dass der Ratifizierungsprozess schnell dahin kommt, dass das auch tatsächlich umsetzbar wird, in Kraft tritt. Dann gilt, dass eine dreiviertel Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten laut Abkommen notwendig sein soll, um ein Hochsee-Meeresschutzgebiet tatsächlich auszuweisen. Denken Sie, damit schafft man konkrete Schutzgebiete in dem Umfang, wie Greenpeace es möchte, oder ist diese Hürde zu hoch?

Kaiser: Greenpeace hat ja sehr stark mit Wissenschaftler*innen zusammengearbeitet, denn das ist das Minimum, was notwendig ist, um wirklich die Erholung der Weltmeere wieder voranzubringen. Dass es jetzt eine Mehrheitsentscheidung geben soll, ist ein großer Vorteil, denn oft war es der Fall, dass ein einzelnes Land blockieren konnte. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Ob das am Ende eine zwei-Drittel- oder eine Drei-Viertel-Mehrheit sein muss, ist eigentlich unerheblich. Denn ich glaube, in New York wurde gezeigt, alle Länder gehen davon aus, dass die Weltmeere jetzt geschützt werden müssen, um auch den Menschen an den Küsten, die von der Subsistenzfischerei abhängig sind, wirklich weiterhin eine gute Nahrungsquelle zu ermöglichen.

Engels: Nehmen wir einmal an, dass es tatsächlich gelingt, auf diesem Weg Schutzgebiete auszuweisen – das soll dann in der Tat bis zum Jahr 2030 insgesamt 30 Prozent der Mee-

resfläche, Landfläche mit eingerechnet, aber 30 Prozent, spekulieren wir mal, ungefähr umfassen. Wäre damit zum Beispiel die Hochseefischerei, wie wir sie kennen, industrieller Natur am Ende und in Zukunft überhaupt noch möglich?

Kaiser: Die industrielle Fischerei muss beendet werden, denn die hat zur Zerstörung der Fischbestände weltweit geführt. Wir müssen vielmehr wieder zu einer Fischerei zurückkommen, die außerhalb der Schutzgebiete wirklich nachhaltig ist und denjenigen Menschen dient, die an den Küsten von der Fischerei leben und dort die Menschen mit wichtigen Nahrungsmitteln versorgen.

Engels: Das heißt, die Art von Fischkonsum, wie sie die Weltbevölkerung derzeit auch hier in Deutschland hat, müsste sich umstellen, was Fisch angeht?

Kaiser: Ja. Gerade Länder wie Deutschland, USA, viele Länder haben einen viel zu hohen Verbrauch von Fisch. Ich glaube, ähnlich wie beim Fleisch: Wir müssen etwas weniger davon essen und dafür sorgen, dass die Fische, die auf den Tisch kommen, aus wirklich nachhaltiger Nutzung außerhalb der Schutzgebiete kommen, und innerhalb der Schutzgebiete fischereifreie Zonen komplett schaffen.

Engels: Ein Aus des industriellen Bergbaus am Meeresboden wäre für die Schutzflächen oder vielleicht auch generell dann der nächste Schritt?

Kaiser: Wir dürfen jetzt nicht den nächsten Fehler machen und nach der industriellen Fischerei die industrielle Ausbeutung der Meeresressourcen angehen. Hier muss ein klarer Riegel vorgeschoben werden. Schon in diesem Jahr im Juni steht da eine Entscheidung an - und wir sind vorsichtig optimistisch nach den Entscheidungen von New York, dass den Weltregierungen jetzt wirklich am Herzen liegt, diesen einzigartigen Lebensraum zu schützen und nicht weiter auszubeuten.

Engels: Wenn Sie tatsächlich den bisherigen Tiefseebergbau, den bisherigen Hochseefischereibetrieb angehen wollen, dann ist doch die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass da starke Lobby-Interessen gegenstehen. Das heißt, soweit wird es nicht kommen?

Kaiser: Greenpeace hat jetzt 15 Jahre für dieses Hochseeschutzgebietsabkommen gekämpft. Millionen Menschen haben uns unterstützt und wir sind sehr zuversichtlich, dass

diese Unterstützung weit gehen wird, und wir werden definitiv ein Auge darauf haben, dass die industrielle Ausbeutung der Meere gestoppt wird.

Engels: Nehmen wir an, dieses Hochseeabkommen tritt jetzt in Kraft. Welches wäre das nächste weitere konkretere und international verbindliche Gesetz, das Sie fordern?

Kaiser: Wir müssen den Tiefseebergbau tatsächlich verbieten, denn da gibt es jetzt wirklich Bestrebungen, das im industriellen Stil auszubauen. Hier soll die Entwicklung im Keim erstickt werden. Denn wenn wir das nicht schaffen, dann wird es ein neues globales Rennen um die Ressourcen geben und die Natur wird wieder mal das Nachsehen haben. Das steht jetzt an und vor allem jetzt auch die Umsetzung des Abkommens vom Wochenende, denn hier müssen jetzt in diesem Jahr, im nächsten Jahr erste Schutzgebiete ausgewiesen werden. Allen voran auch in der Antarktis das Weddellmeer, was schon ganz lange auf der Liste derjenigen Gebiete steht, die unbedingt geschützt werden müssen.

Engels: Auf der anderen Seite heißt es ja auch, die Ressourcen aus dem Meeresboden sind notwendig, um die Bevölkerung weltweit in irgendeiner Form auch weiter zu versorgen. Das glauben Sie nicht?

Kaiser: Wir stehen ja gerade an einem Wendepunkt. Wir sehen es bei der Klimakrise, wir sehen es bei der Naturkrise, dass das industrielle Modell, was wir momentan fahren, was auf Ausbeutung der Ressourcen angelegt ist, nicht mehr funktioniert. Wir müssen viel mehr in die Kreislaufwirtschaft investieren. Wir müssen die Ressourcen, die wir schon genutzt haben, wieder nutzen und wieder einbauen. Und wir müssen zukünftige Produkte so ausrichten, dass sie mit den Ressourcen zu realisieren sind, die wir wirklich nachhaltig und auch sozial gerecht nutzen können. Da muss die Entwicklung hingehen und das heißt aber auch, dass sich unser Leben verändern wird. Es wird nicht schlechter werden, aber ich glaube, wir werden einen viel geringeren Footprint brauchen bei uns in der Gesellschaft, dass auch weltweit alle Menschen diesen Weg mitgehen können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.